

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Einbahnstraßenregelung in der Friedrich-Ebert-Straße"

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Friedrich-Ebert-Straße im Abschnitt zwischen Rosengarten und Astrid-Lindgren-Straße in eine Einbahnstraße umgewandelt werden kann. Die Prüfung soll folgende Aspekte umfassen:

- 1. Verkehrsführung als Einbahnstraße mit Fahrtrichtung vom Rosengarten
- 2. Beibehaltung der bestehenden Tempo-30-Zone
- 3. Optimierung der Parksituation durch klar definierte Parkflächen
- 4. Ergänzende verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Bodenschwellen oder Plateaupflasterungen
- 5. Auswirkungen auf Anwohnende, Schulverkehr und umliegende Straßen

Das Prüfergebnis soll dem Ausschuss Umwelt Bauen Verkehr vorgelegt werden.

Begründung:

Die Friedrich-Ebert-Straße dient als wichtiger Zubringer zur Regenbogenschule und weist derzeit erhebliche Verkehrssicherheitsprobleme auf. Die aktuelle Situation ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: - Einseitiges Parken führt dazu, dass zwei Fahrzeuge nicht aneinander vorbeifahren können - Versetzt parkende Fahrzeuge erschweren den Verkehrsfluss zusätzlich - Als Schulzubringer besteht ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Kinder Die StVO-Novelle 2024 bietet Kommunen erweiterte Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung, insbesondere in sensiblen Bereichen wie Schulumgebungen. Physische Barrieren wie Bodenschwellen können die Geschwindigkeit von Fahrzeugen wirksam reduzieren und die Sicherheit erhöhen. Eine Einbahnstraßenregelung würde mehrere Vorteile bieten: - Erhöhung der Verkehrssicherheit durch klare Verkehrsführung - Optimierung des Verkehrsflusses und Vermeidung von Begegnungsverkehr - Bessere Nutzung des öffentlichen Raums durch geordnete Parkflächen Die Priorisierung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Nähe von Schulen ist eine bewährte Praxis. Durch die Umwandlung in eine Einbahnstraße kann der sensible Schulbereich vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs geschützt werden. Die Beibehaltung der Tempo-30-Zone in Verbindung mit einer Einbahnstraßenregelung würde die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Schulkinder, deutlich erhöhen.

Hattersheim, 10. Juni 2025

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nathalie Ferko